Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Pläne für Corona-Impfpflicht ab 18 Jahren sind gescheitert
2. Stiko plant neue Impf-Empfehlungen für Kinder und Jugendliche
3. Grüne: Senat muss ganz Berlin zum Corona-Hotspot erklären
4. Mit dem WHO-Pandemievertrag in den autoritären Transhumanismus
5. Russland pocht auf Zahlungen in Rubel: Wirtschaftskrieg um Gas
6. Erfolgreiche Währungsstabilisierung: Russischer Rubel macht Sanktionsverluste fast vollständig wett
7. Nebenwirkungen
8. Beispiellose Kriegstreiberei
9. Navigating our Humanity: Ilan Pappé on the Four Lessons from Ukraine
10. Krieg in der Ukraine: Wenn der Papst beim Ukraine-Krieg totgeschwiegen wird
11. Neuer Kalter Krieg: Auf dem Rücken der Ukraine
12. Schulbildung für Mädchen: Afghanische Tragödie
13. Die stille Krise der Psyche: höchste Zeit, hinzusehen und für echte Verbesserungen zu sorgen
14. Kollektives Harakiri der Partei “Die Linke”

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Pläne für Corona-Impfpflicht ab 18 Jahren sind gescheitert**
   Kanzler Scholz hat für sie geworben, doch sie wird nicht kommen: Die Corona-Impfpflicht ab 18 Jahren findet nach SPIEGEL-Informationen im Bundestag keine Mehrheit. Jetzt rücken die ab 50-Jährigen ins Zentrum der Pläne.
   Quelle: DER SPIEGEL

Anmerkung JK: *Die Impflicht soll trotz völliger Evidenzlosigkeit immer noch mit aller Gewalt durchgeprügelt werden. Jetzt versucht man es über die Schiene einer altersbezogenen Impfpflicht. Das Ziel ist perfide, damit will man jung gegen alt ausspielen und die Gesellschaft noch weiter spalten.*

dazu: **Wolfgang Kubicki**
Ich begrüße es, dass die allgemeine Impfpflicht ab 18 Jahren nicht mehr kommt. Allerdings halte ich es für problematisch, dass dieses Umdenken allein aus machtarithmetischen Gründen erfolgt und nicht aufgrund besserer Erkenntnisse. Denn seitdem Omikron die vorherrschende Variante ist, lässt sich eine Impfpflicht noch viel weniger rechtfertigen – auch eine solche ab 50 Jahren ist nicht verhältnismäßig. Es wird weder eine Herdenimmunität, noch einen relevanten Fremdschutz geben. Eine systemische Überlastung des Gesundheitssystems stand nie an und wird auch nicht mehr kommen. Ich werde weiter für unseren Antrag, Drs. 20/680, werben, der die Einführung einer Impfpflicht ablehnt. Und ich gehe nach der heutigen Nachricht davon aus, dass dieser Antrag noch weitere Unterstützung erhält.
Quelle: Facebook

dazu auch: **Operation Gesichtswahrung**
Die Ampel-Abgeordneten arbeiten fieberhaft an einem mehrheitsfähigen Entwurf für eine Impfpflicht. Nächste Woche wird entschieden. Fest steht: Der Plan des Kanzlers und seines Gesundheitsministers für eine Pflicht ab 18 scheitert. Nun will die SPD retten, was zu retten ist. […]
Lauterbach hofft dennoch, aus der Vorlage „spätestens in den nächsten Tagen“ einen gemeinsamen Entwurf formulieren zu können. „Die allgemeine Impfpflicht wird darin nicht mehr vorkommen. Die ist mausetot“, sagt einer von Lauterbachs Topleuten im Gesundheitsministerium.
„Die Inzidenzwerte sind hoch, täglich stecken sich zahllose Leute an und trotzdem lassen sich kaum noch welche impfen. Ihnen fehlt das Vertrauen“, sagt der Mann, der zur Leitungsebene des Ministeriums zählt. „Wir haben zu viele Impfdurchbrüche. Niemand weiß, wie lange die Immunisierung anhält, ob die Vakzine, die wir derzeit haben, vor künftigen Varianten von Corona schützen. Auf dieser Basis kann man keine allgemeine Impfpflicht beschließen.“
Quelle: Welt Online

und: **WHO erwartet Trend zu milderen Covid-Verläufen**
Trotz weiterer Virusmutationen soll die Schwere der Erkrankungen weiter abnehmen. Die WHO hält saisonal wiederkehrende Corona-Wellen in Europa für möglich.
Quelle: Tagesspiegel

2. **Stiko plant neue Impf-Empfehlungen für Kinder und Jugendliche**
   Die Stiko macht sich Gedanken über eine neue Empfehlung für die Covid-19-Impfung von Kindern und Jugendlichen. Das RKI äußert sich deutlich zum Thema Long Covid bei Kindern – Infizierte seien nicht häufiger von den „sehr unspezifischen" Symptomen betroffen als Nicht-Infizierte in Kontrollgruppen.
   Angesichts der deutlich milderen Verläufe mit der Omikron-Variante will die Ständige Impfkommission (Stiko) eine neue Empfehlung für Kinder und Jugendliche aussprechen. Dies berichtete zunächst das Nachrichtenmagazin „Focus Online" mit Verweis auf das Robert-Koch-Institut (RKI).
   Zurzeit empfiehlt die Stiko für 12- bis 17-Jährige eine Covid-19-Impfung mit dem mRNA-Impfstoff Comirnaty von Biontech/Pfizer. Fünf- bis Elfjährigen wird der Impfstoff nach Analyse der Stiko vom 9. Dezember nur bei Vorerkrankungen empfohlen. Die Impfung für alle anderen Kinder wurde lediglich freigegeben.
   Diese Empfehlungen sind aber noch mit Daten aus der Delta-Welle begründet. Das Robert-Koch-Institut (RKI) erklärte „Focus Online", dass sich die Stiko darum mit dem Thema befasse und an einem Beschlussentwurf arbeite. Ob die Stiko die Empfehlungen verändern wird, sei unklar. Nach Informationen von „Focus" könnte es darauf hinauslaufen, keine „Bedarfsempfehlung" mehr zu geben. Das würde eine Abkehr von einer allgemeinen Empfehlung hin zu individuellen Faktoren bedeuten.
   Quelle: Welt Online
3. **Grüne: Senat muss ganz Berlin zum Corona-Hotspot erklären**
   Die meisten Corona-Maßnahmen fallen am Freitag weg. Schon vor Inkrafttreten wollen die Grünen die Regeln wieder verschärfen.
   Die Berliner Grünen machen sich für eine Verlängerung von Corona-Maßnahmen über den 1. April hinaus stark. In einem Dringlichkeitsantrag für einen Parteitag am Samstag werden Senat und Abgeordnetenhaus aufgefordert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Berlin zum sogenannten Hotspot zu erklären. Auf dieser Basis könnten Schutzmaßnahmen wie Maskenpflicht oder Zugangsregeln beschlossen werden, die laut Bundes-Infektionsschutzgesetz ab Freitag erst einmal weitgehend wegfallen.
   Das Thema Corona sei nicht weg, sondern weiterhin omnipräsent, sagte die Grünen-Landesvorsitzende Susanne Mertens. Auch wenn Berlin derzeit die niedrigste Inzidenz aller Bundesländer aufweise, sei das Infektionsgeschehen hoch, und von einer Entspannung könne keine Rede sein. „Uns ist es wichtig, dass wir Instrumente in der Hand haben, um auch noch Schutzmaßnahmen ergreifen zu können, auch präventiv."
   Problem sei, dass das neue Infektionsschutzgesetz des Bundes leider nicht genau und rechtssicher die Parameter für einen Hotspot festlege, so Mertens. Ein im Gesetz genanntes Kriterium, nämlich eine drohende Überlastung der Krankenhauskapazitäten

infolge vieler Neuinfektionen, sei aus Sicht der Grünen erfüllt, heißt es im Antrag. Zunächst einmal fallen die meisten Corona-Regeln in Berlin ab 1. April weg. Stattdessen gilt dann nur noch ein sogenannter Basisschutz. Dazu zählt etwa die Maskenpflicht im öffentlichen Personennahverkehr und in Einrichtungen wie Arztpraxen, Krankenhäusern oder Pflegeheimen. Dagegen muss beim Einkaufen keine Maske mehr getragen werden, auch Zugangsregeln etwa für Restaurants und viele andere Bereiche fallen weg.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung JK: *Nach Hamburg wollen auch die Grünen in Berlin die repressiven (und größtenteils wirkungslosen) Coronamaßnahmen einfach fortsetzen. Wieder zeigen gerade die Grünen ihre große Affinität zu autoritärer Politik. Darin manifestiert sich nicht nur die bekannte moralische Hybris dieser Partei, die von der Idee beseelt ist, allein zu wissen was das Gute und Richtige ist, sondern auch eine große Verächtlichkeit gegenüber den Bürgern, denen man nicht zugestehen will, eigenverantwortlich Entscheidungen bezüglich ihrer Gesundheit zu treffen.*

4. **Mit dem WHO-Pandemievertrag in den autoritären Transhumanismus**
Im ersten Beitrag zum globalen Pandemievertrag der Weltgesundheitsorganisation fand ich Befürchtungen weitgehend bestätigt, dass die WHO in Gesundheitsfragen zu einer Überregierung werden und ein permanentes Pandemieregime etablieren könnte. Zu Befürchtungen über einen gleichzeitigen Marsch in den Transhumanismus fand sich in den offiziellen Quellen wenig. Um so mehr findet man in einer halboffiziellen Quelle. Es ist nicht beruhigend.
Auf der Netzseite der US-Organisation Children's Health Defense wird gewarnt, der Pandemievertrag werde auch dazu dienen, die transhumanistische Vision von Klaus Schwab, Chef des Weltwirtschaftsforums, umzusetzen. Diese besteht, in seinen Worten, in einer „Verschmelzung der physischen, digitalen und biologischen Sphären, mit Folgen für alle Disziplinen, Volkswirtschaften und Branchen, was sogar die Vorstellungen in Frage stellen wird, was es bedeutet, menschlich zu sein". Die Umsetzung werde, so warnt die Organisation, unter anderem durch ständiges, anlassloses Testen auf Viren aller Art und durch regelmäßiges Spritzen von genveränderten Substanzen zur Steigerung der Immunabwehr geschehen. Wenn diese Art quasi-verpflichtender Eingriffe in den Körper einmal eingeübt seien, könnten drastischere Eingriffe folgen.
Quelle: Norbert Häring

Anmerkung Christian Reimann: *In Deutschland und in der Europäischen Union ist der Primat der Politik aufgegeben worden. Stattdessen werden ökonomische*

Interessen verfolgt. Das ist konsequent im Neoliberalismus, aber keinesfalls vorteilhaft für die Mehrheit der Bevölkerung.

5. **Russland pocht auf Zahlungen in Rubel: Wirtschaftskrieg um Gas**
Russland will für den Rohstoff nur noch Rubel als Zahlungsmittel akzeptieren. Der Westen sollte das hinnehmen – alles andere hätte fatale Folgen.
Die nächste Eskalationsstufe ist erreicht. Der russische Präsident Putin hat verfügt, dass der Westen seine Gasimporte in Rubel zu zahlen hat. Und zwar sofort, ab dem 1. April. Diese Ankündigung klingt nach totalem Wirtschaftskrieg, allerdings ist etwas unklar, was genau gemeint ist. In Berlin glaubt man nämlich, dass der Westen weiterhin in Euro zahlen darf. Das kann stimmen, muss aber nicht.
Inmitten dieses Wirrwarrs wird jedenfalls deutlich, dass es ein strategischer Fehler war, dass sich die G7-Staaten kürzlich darauf festgelegt haben, dass sie nur in Dollar oder Euro zahlen wollen. Dieses Ultimatum sollte wie ein Zeichen der Stärke wirken, aber diese Stärke gibt es nicht. Europa braucht die russische Energie; in Deutschland macht sie 50 Prozent der Importe aus. Umgekehrt benötigt Putin die westlichen Devisen nicht, um seinen Krieg zu führen, denn bei Nahrungsmitteln, Energie und Waffen ist Russland autark.
Quelle: Ulrike Herrmann in der taz

dazu: **N-Ergie hebt Gaspreis massiv an – diese Mehrkosten pro Monat drohen**
Die N-Ergie Aktiengesellschaft hebt die Erdgaspreise für Privatkunden zum 1. Juni 2022 an. Der Preis steigt um 2,75 Cent pro Kilowattstunde (brutto), der Grundpreis bleibt unverändert, heißt es in einer Mitteilung.
Die Erhöhung sei unvermeidlich geworden, nachdem die Gaspreise an den Handelsmärkten in den vergangenen Monaten immer neue Höchststände erreicht hätten, teilt der Energiekonzern in Nürnberg mit. […]
Nach Angaben der N-Ergie belaufen sich die monatlichen Mehrkosten für einen Dreipersonenhaushalt, der im Tarif „Erdgas smart“ pro Jahr 18.000 kWh verbraucht, ab Juni auf rund 41 Euro. Damit verbleibe die N-Ergie auch nach der notwendigen Erhöhung unter den günstigsten Anbietern für Erdgas.
Quelle: nordbayern

Anmerkung JK: *Zusammen mit den massiv gestiegenen Spritpreisen dürfte damit bei vielen Haushalten die finanzielle Schmerzgrenze bald erreicht sein. Aber wie sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck im ZDF: „Wir werden alle ärmer werden, aber ich glaube wir sind bereit, den Preis für die Freiheit zu bezahlen.“*

6. **Erfolgreiche Währungsstabilisierung: Russischer Rubel macht**

Sanktionsverluste fast vollständig wett
Mit teils drastischen Maßnahmen hat Russland den Absturz des Rubels gestoppt. Inzwischen hat die Währung sogar wieder massiv Boden gutgemacht gegenüber Dollar und Euro.
Nach Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine war der Rubelverfall die unmittelbarste Kriegsfolge, die Russlands Bürger zu spüren bekamen.
Zwischenzeitlich verlor die russische Währung im Vergleich zu Dollar und Euro fast die Hälfte an Wert.
Fünf Wochen nach Kriegsausbruch allerdings stellt sich die Lage derzeit anders dar. Die Stabilisierungsmaßnahmen der russischen Führung scheinen Erfolg zu haben. Nicht nur wurde der Absturz des Rubels gestoppt, die russische Währung konnte die verlorenen Verluste sogar fast vollständig wettmachen. So kostet ein Dollar derzeit etwa 81 Rubel – vor Kriegsausbruch waren es 75 Rubel gewesen. Auch gegenüber dem Euro hat der Rubel Boden gutmachen können.
Quelle: DER SPIEGEL

7. **Nebenwirkungen**
Sanktionen schaden Russland, zwingen es aber nicht in die Knie. Die Folgen für den Westen sind indes verheerend, so der Pekinger Experte Yifan DING.
In China wird die russische Invasion der Ukraine sehr kontrovers diskutiert. Dieser Text ist der dritte Teil von dreien in unserer Reihe chinesischer Perspektiven, mit der wir einen Einblick in das chinesische Meinungsspektrum zu dieser Frage geben wollen (Teil 1, Teil 2).
Die USA und die EU haben zwar beschlossen, bislang beispiellose Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu verhängen, um die russische Führung zum Abzug ihrer Truppen aus der Ukraine zu bewegen. Doch Russland scheint von diesen Sanktionen nicht sonderlich beeindruckt zu sein. Der größte Nutznießer des russisch-ukrainischen Kriegs könnten letztlich die USA sein – und ein großer Verlierer die Europäische Union.
Zunächst: Ja, die Sanktionen haben der russischen Wirtschaft enormen Schaden zugefügt. […]
Doch diese harten Sanktionen gegen Russland haben sich nicht fatal auf das Land ausgewirkt. Erstens wurden nur sieben russische Banken von der EU an der weiteren Nutzung des SWIFT-Systems gehindert. Die größten russischen Banken und diejenigen Großbanken, die hauptsächlich internationale Zahlungen für Öl- und Gasexporte abwickeln, können weiterhin ganz normal internationale Transfers per SWIFT tätigen.
Zweitens haben die USA beschlossen, die Konten von Präsident Vladimir Putin und Außenminister Sergej Lawrow einzufrieren. Diese Entscheidung ist jedoch eine rein diplomatische Geste. Faktisch ist sie bedeutungslos. Eine vom russischen Parlament

im Jahr 2020 verabschiedete Verfassungsänderung, auf die Putin lange gedrängt hatte, sieht offiziell vor, dass hochrangige russische Beamte kein Auslandsvermögen besitzen und auch keine Bankkonten im Ausland haben dürfen.
Drittens können die Sanktionen Russland nicht in eine Wirtschaftskrise aufgrund von Dollarknappheit stürzen: In den letzten Jahren hat Russland seinen Anteil an Abrechnungen in lokaler Währung mit China, dem Iran und anderen Ländern erhöht, somit seine Abhängigkeit vom US-Dollar verringert und seine Handelspartner diversifiziert.
Quelle: IPG Journal

dazu auch: **Europa im Abstieg**
Die ökonomischen Folgen des Ukraine-Kriegs treffen die Wirtschaft Deutschlands und der EU mitten in einer Ära des historischen Abstiegs. Wie das Kölner Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in einer aktuellen Publikation konstatiert, ist der Anteil der EU an der globalen Wirtschaftsleistung seit der Jahrtausendwende um fast ein Drittel zurückgegangen; er liegt nur noch bei 18 Prozent. Aufgestiegen ist zur selben Zeit China; die Vereinigten Staaten sind ökonomisch ebenfalls zurückgefallen, aber nicht so stark wie die EU. Das IW führt dies darauf zurück, dass von den zahlreichen Krisen der vergangenen Jahre einige – etwa der Brexit – die EU trafen, nicht aber deren globale Konkurrenz. In dieser Situation entfalten direkte Kriegsfolgen, aber auch die westlichen Russland-Sanktionen eine für die deutsche Industrie bedrohliche Wirkung. Beobachter urteilen, könne etwa die deutsche Kfz-Branche kriegsbedingte Lieferausfälle nicht in Kürze beheben, dann drohten ihr „katastrophale“ Konsequenzen. Wachstumsprognosen wurden bereits jetzt massiv gesenkt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier stellt künftige „Härten“ in Aussicht und fordert „Standhaftigkeit“.
Quelle: German Foreign Policy

8. **Beispiellose Kriegstreiberei**
   Bürgerliche Medien in BRD drängen auf Zuspitzung des Ukraine-Konflikts. Spiegel an vorderster Front
   Dank hoher Auflagen und Einschaltquoten waren die deutschen Leitmedien, allen voran ARD, ZDF, Spiegel, FAZ, Bild und Co., auch schon vor dem Ukraine-Krieg in der Lage, bestimmte Lesarten wichtiger Ereignisse durchzusetzen. Was aber seit Beginn des russischen Angriffs inszeniert wird, dürfte beispiellos sein. Seit mehr als einem Monat hält eine Berichterstattung an, die das Land in kollektive Dauererregung versetzt. Sondersendungen im TV, Liveticker im Internet, eine Talkshow zum Thema nach der anderen – war der Umfang der Berichterstattung in den ersten Tagen noch

einigermaßen nachvollziehbar, so hat dieser längst jedes Maß verloren. Das zeigt etwa ein Blick auf den Jemen-Krieg, der fast 380.000 Todesopfer forderte und den meisten Medien schon lange kaum noch eine Notiz wert ist.
Das Problem ist dabei nicht der Umfang der Berichterstattung, sondern deren erschreckend homogene Ausrichtung. Journalisten der bürgerlichen Medien verhalten sich so gut wie ausnahmslos, als hätten sie vor Dienstantritt Befehle im Brüsseler NATO-Hauptquartier abgeholt. So ergaben sich reihenweise absurde Situationen, in denen die Journaille die Politik vor sich hertrieb. Vertreter der Regierungsparteien wurden inquisitorisch befragt, warum sie nicht bereit seien, eine Flugverbotszone über der Ukraine durchzusetzen oder Kampfflugzeuge zu liefern. Politiker von SPD und Bündnis 90/Die Grünen standen plötzlich wie Friedenstauben da. Pensionierte Generäle mussten sich gegenüber Talkmasterinnen dafür rechtfertigen, dass sie davon abrieten, einen dritten Weltkrieg auszulösen.
Quelle: junge Welt

9. **Navigating our Humanity: Ilan Pappé on the Four Lessons from Ukraine**
The USA Today reported that a photo that went viral about a high-rise in the Ukraine being hit by Russian bombing turned out to be a high-rise from the Gaza Strip, demolished by the Israeli Air Force in May 2021. A few days before that, the Ukrainian Foreign Minister complained to the Israeli ambassador in Kiev that “you’re treating us like Gaza”; he was furious that Israel did not condemn the Russian invasion and was only interested in evicting Israeli citizens from the state (Haaretz, February 17, 2022). It was a mixture of reference to the Ukrainian evacuation of Ukrainian spouses of Palestinian men from the Gaza Strip in May 2021, as well as a reminder to Israel of the Ukrainian president’s full support for Israel’s assault on the Gaza Strip in that month (I will return to that support towards the end of this piece).
Israel’s assaults on Gaza should, indeed, be mentioned and considered when evaluating the present crisis in the Ukraine. It is not a coincidence that photos are being confused – there are not many high-rises that were toppled in the Ukraine, but there is an abundance of ruined high-rises in the Gaza Strip. However, it is not only the hypocrisy about Palestine that emerges when we consider the Ukraine crisis in a wider context; it is the overall Western double standards that should be scrutinized, without, for one moment, being indifferent to news and images coming to us from the war zone in the Ukraine: traumatized children, streams of refugees, sights of buildings ruined by bombing and the looming danger that this is only the beginning of a human catastrophe at the heart of Europe.
At the same time, those of us experiencing, reporting and digesting the human catastrophes in Palestine cannot escape the hypocrisy of the West and we can point to it without belittling, for a moment, our human solidarity and empathy with victims of

any war. We need to do this, since the moral dishonesty underwriting the deceitful agenda set by the Western political elites and media will once more allow them to hide their own racism and impunity as it will continue to provide immunity for Israel and its oppression of the Palestinians. I detected four false assumptions which are at the heart of the Western elite's engagement with the Ukraine crisis, so far, and have framed them as four lessons.
Quelle: Palestine Chronicle

10. **Krieg in der Ukraine: Wenn der Papst beim Ukraine-Krieg totgeschwiegen wird**
Der Pontifex kritisiert die Aufstockung der Rüstungsausgaben der Nato-Staaten auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Doch die meisten Medien verschweigen die Nachricht
Papst Franziskus hat sich kein Blatt vor den Mund genommen. "Ich habe mich geschämt, als ich vom Entschluss einiger Regierungen las, als Antwort auf den Krieg zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in den Kauf von Waffen zu stecken", erklärte der Papst. "Verrückt" sei das, fuhr er fort: Noch mehr Waffen und Sanktionen seien nicht die Lösung. Noch nie hat ein Pontifex der katholischen Kirche mit derart deutlichen Worten gegen die Aufrüstung Stellung bezogen – nicht einmal Benedikt XV., der im Jahr 1917, auf dem Höhepunkt des Ersten Weltkriegs, in seinem Brief an die Staatsoberhäupter der beteiligten Konfliktparteien den Krieg als "unnützes Gemetzel" bezeichnete.
Quelle: der Standard
11. **Neuer Kalter Krieg: Auf dem Rücken der Ukraine**
Mit dem Angriff Russlands hat der Neue Kalte Krieg seinen ersten Höhepunkt erreicht. Die von der NATO provozierte Eskalation wird weitreichende Konsequenzen haben
Der vorliegende Text ist jüngst auf dem Webportal www.hintergrund.de erschienen. Wir veröffentlichen im folgenden eine um den umfangreichen Fußnotenapparat gekürzte Fassung. Die Redaktion dankt für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck. (jW)
Alle sind sich einig: Wie immer die Vorgeschichte, es gibt keine Rechtfertigung, Russland ist der Aggressor, das Völkerrecht wurde gebrochen. Gefordert wird eine sofortige Einstellung der Kampfhandlungen, Rückzug der russischen Truppen und Rückkehr an den Verhandlungstisch!
Unisono von den etablierten Medien zum Krieg gedrängt, beschließen die Regierungen der G7, von NATO und EU, am Ende des Westens, inklusive Schweiz, Japan und Australien, wirtschaftliche und finanzpolitische Sanktionen gegen Russland, die große Zerstörungen bewirken sollen. Dazu zählen Verbote von Hightechexporten, Ausschluss von SWIFT, Unterbindung ausländischer Kreditaufnahme und Einfrierung der

Auslandsguthaben der russischen Zentralbank sowie persönliche »Strafmaßnahmen« gegen die führenden Politiker Russlands. Präsident Putin und Außenminister Lawrow sind ebenso betroffen wie ihnen nahestehende Oligarchen, ob in Russland oder Westeuropa ansässig, 351 Duma-Abgeordnete und 146 Senatoren. Russland ist heute das vom Westen am stärksten und umfassendsten sanktionierte Land.
Das Ziel: Die russische Führung soll international zum Paria gemacht, die Wirtschaft des Landes ruiniert, die Bevölkerung zum Sturm auf den Kreml und Sturz der Regierung gezwungen werden, der kleine Mann aus Not, die korrupten Oligarchen wegen Verlusts ihres luxuriösen Lebensstils.
Immense Aufrüstung und transatlantischer Schulterschluss in der NATO sind angesagt; endlich erwacht auch die EU. Sie will geopolitisch eine Rolle spielen und damit ihre wirtschaftliche mit militärischer Macht untermauern. Soweit die vorherrschende Meinung, die Meinung der Herrschenden.
Quelle: junge Welt

12. **Schulbildung für Mädchen: Afghanische Tragödie**
Man kann die vom wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes am Leben bedrohten Afghanen nicht einfach ihrem Schicksal überlassen.
Obwohl sich die öffentliche Aufmerksamkeit derzeit völlig auf die Ukraine richtet, ist es den Taliban gelungen, Afghanistan zumindest kurz in die internationale Berichterstattung zurückzubringen. Die afghanische Tragödie war diesmal als Farce inszeniert: Seit Wochen verkündeten die neuen und alten Herren in Kabul, dass ab März auch Mädchen ab der sechsten Schulstufe wieder in den Unterricht dürfen. Viele der Schülerinnen waren schon in ihren Klassen – und die Medien standen bereit, darüber zu berichten –, als das Retour-Kommando kam. Die Bilder von Tränen, die sonst hinter verschlossenen Türen fliessen müssen, gingen um die Welt.
Sogar einige offizielle Stimmen in Kabul reagierten peinlich berührt: Es seien nur «technische» Fragen offen, sobald sie gelöst seien, werde der Schulbeginn nachgeholt. Und wenn man gar nichts anderes hat, macht man es eben an der «angemessenen» Kleidung für Frauen fest, dem simpelsten Marker dafür, wie islamisch ein Land angeblich sein soll.
Der Hintergrund ist jedoch natürlich komplexer:
Quelle: Infosperber

13. **Die stille Krise der Psyche: höchste Zeit, hinzusehen und für echte Verbesserungen zu sorgen**
Über zwei Jahre leben wir nun im COVID-Ausnahmezustand: Distanz halten, Homeoffice, Homeschooling, Ansteckungsgefahr, gesperrte Sportvereine und Kultureinrichtungen, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, ein Lockdown nach dem anderen und die Unsicherheit, wie es wohl weitergeht – die COVID-19-Pandemie und die

flankierenden Maßnahmen zu ihrer Eindämmung haben weltweit ihre Spuren in der Psyche der Menschen hinterlassen. Gleichzeitig reicht die Versorgung nicht: Betroffene klagen über lange Wartezeiten auf Psychotherapieplätze, es gibt nicht genug – weder im stationären noch im niedergelassenen Bereich.
Doch ist dieses Problem allein verursacht durch die Krise? Geht es „wieder weg“, wenn die Pandemie zu Ende ist (wann auch immer das ist), und kann damit alles bleiben, wie es ist? Diese Hoffnung ist unberechtigt – zum einen, weil bereits vor der Krise psychische Erkrankungen im Vormarsch waren und die Versorgung schon damals nicht ausgereicht hat. Zum anderen, weil viele psychische Risikofaktoren und Beschwerden nicht von selbst verschwinden: namhafte Investitionen in Versorgung und Prävention sind längst überfällig!
Quelle: A&W blog

14. **Kollektives Harakiri der Partei “Die Linke”**
Kaum zu glauben, aber die Führung der Partei “Die Linke” hat ganz offensichtlich beschlossen, die Partei abzuschaffen, meint Rainer Rupp. Er beklagt unter anderem, dass die Parteispitze sich inzwischen an Aufrufen zum Regime-Change in Russland beteiligt.
Objektiv betrachtet hinterlassen die Initiativen des linken Spitzenpersonals genau diesen Eindruck der gemeinsamen Harakiris, wenn auch die individuellen Polit-Schauspieler der Partei aus Dummheit, aus maßloser Selbstüberschätzung oder aus einer Kombination von beiden nicht wissen, was sie tun. Laut dem christlichen Jesus heißt es zwar: “Selig sind die Armen im Geiste, denn ihrer ist das Himmelsreich”, aber dies kann hier auf Erden ihren gewissenlosen Verrat an den Grundprinzipien der einst linken Partei nicht entschuldigen.
Vor allen anderen Motiven scheint der allseits zu beobachtende, krankhafte Realitätsverlust des linken Führungspersonals von dem kriecherischen Bedürfnis getrieben zu sein, endlich in dieser Gesellschaft und an deren Futtertrögen anzukommen. Es geht ihnen offensichtlich nicht mehr darum, diese Gesellschaft zu verändern, deren Geist von Psy-Op-Experten und Mainstreammedien im Sinne der Unwertegemeinschaft der herrschenden US/NATO-Eliten vernebelt ist. Nicht anders lässt sich die jüngste Häufung wirklichkeitsfremder Erklärungen linker Spitzenpolitiker und deren Unfähigkeit zu einer nüchternen, materialistischen Analyse erklären.
Quelle: RT DE